

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

- Fraktion im Rat der Verbandsgemeindengemeinde Daaden -

Verbandsgemeindeverwaltung Daaden	
Eing. 09. AUG. 2013	
Abt..	

Daaden, den 11.07.2013

Antrag zu der Verbandsgemeinderatssitzung vom 15.08.2013

Kommunal- und Verwaltungsreform

Mit dem Verwaltungsvorschlag wird eine Position formuliert, die wenig realistisch erscheint, da eine einvernehmliche Herangehensweise der angesprochenen Verbandsgemeinden Daaden, Gebhardshain und der verbandsfreien Stadt Herdorf völlig unrealistisch erscheint und nur dann eine solche Neukonstruktion umsetzbar wäre. Im Ergebnis läuft daher der vorgelegte Vorschlag auf eine reine Ablehnung des vorgelegten Gesetzesentwurfes der Landesregierung hinaus. Es sollte im Interesse aller Beteiligten sein, wieder Gesprächsfähig zu werden und eine vermittelnde, gemeinsame Lösung zu finden. Es wird daher folgender alternativer Vorschlag gemacht:

Der Verbandsgemeinderat Daaden gibt im Rahmen der Anhörung zu dem vorgelegten Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden (Stand: 18. Juni 2013) folgende Stellungnahme ab:

1. Trotz der aufgezeigten voraussichtlichen Belastungen der Verbandsgemeinde Daaden und trotz der denkbaren Steigerung der VG-Umlage im Falle einer Eingliederung der Stadt Herdorf wird dem Gesetzesentwurf grundsätzlich nicht widersprochen, da nachvollziehbar dargestellt wird, dass eine solche Vorgehensweise zumindest in vertretbarer Weise dem Gemeinwohl dient und angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung eine langfristige Überlebens- und Leistungsfähigkeit der beteiligten Verwaltungseinheiten jede für sich wenig wahrscheinlich erscheint.
2. Die beteiligten Kommunen werden aufgefordert, eine verbindliche Erklärung dahingehend abzugeben, dass auf Rechtsmittel gegen das Gesetz über die Eingliederung der verbandsfreien Stadt Herdorf in die Verbandsgemeinde Daaden verzichtet wird. Voraussetzung und Ziel einer solchen Verzichtserklärung ist es, die Umsetzung der Eingliederung bis zum Termin der übernächsten Kommunalwahl im Jahr 2019 zu verschieben. Damit

könnten im gebotenen Maße und vor allem mit dem gebotenen zeitlichen Vorlauf die notwendigen Vorbereitungen auf der Ebene der Verwaltung und der Kommunalpolitik und insbesondere im Hinblick auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung getroffen werden.

3. Wenn ein solcher Vorlauf erreicht werden könnte, wäre es weiter möglich mit den Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Gebhardshain, die sich der neuzusammengesetzten Verbandsgemeinde Herdorf-Daaden anschließen möchten, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Insbesondere eine Eingliederung der benachbarten Ortsgemeinde Elkenroth wäre für die Verbandsgemeinde Daaden von besonderem Interesse. Eine differenzierte Herangehensweise, die die unterschiedlichen Interessen und Orientierungen der einzelnen Ortsgemeinden der VG Gebhardshain im Blick hat und nicht diese Verbandsgemeinde als solche, erscheint der erfolgversprechendere Weg.

Für die SPD-Fraktion